

II-127 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 83 /J

1990 -12- 04

A N F R A G E

der Abgeordneten Petrovic und FreundInnen

an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst

betreffend gesundheitsstatistische Voraussetzungen für den Aufbau umfassender präventivmedizinischer Programme

Weltweit besteht unter Fachleuten Einigkeit darüber, daß die Verantwortlichen öffentlicher Gesundheitspolitik neben ihren Aufgaben im kurativen Bereich auch und vor allem um die Gesunderhaltung der jeweiligen Bevölkerung bemüht sein sollten (Primärprävention). Daneben und quasi als Schnittstelle zwischen eigentlich präventivem und kurativem Bereich sind noch Aufgaben der Krankheitsfrüherkennung (Sekundärprävention) sowie der Verhütung weiterer Schäden bei bereits Erkrankten (Tertiärprävention) wahrzunehmen.

Nun scheint es aber nicht möglich zu sein, rational begründbare und überprüfbare Ziele anstrebbende präventivmedizinische Maßnahmen zu setzen, wenn nicht zuvor die dafür nötigen Grundlagen gesundheitsstatistischer Natur erarbeitet wurden. Nur wenn man weiß, an welchen Krankheiten welche Bevölkerungsgruppen leiden, wird das Setzen adäquater Maßnahmen zu ihrer Verhütung bzw. Früherkennung denkbar. Nur wenn man weiß, in welchem Größenmaßstab Erkrankungen auftreten, die Maßnahmen der Tertiärprävention erforderlich machen, kann man nötige Interventionen strukturell, finanziell und personell planen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst folgende

A N F R A G E

- 1) Wie bewerten Sie die derzeit existierenden Gesundheitsstatistiken in Bezug auf ihre Verwendbarkeit für die Planung präventivmedizinischer Maßnahmen (bitte getrennt nach primärer, sekundärer und tertiärer Prävention)?
- 2) Für wie vollständig halten Sie diese existierenden Statistiken und wie wird ihre Vollständigkeit überprüft (bitte getrennt nach den einzelnen Statistiken) ?
- 3) Welche zusätzlichen Gesundheits-Statistiken wären Ihrer Meinung nach nötig, um umfassendere präventivmedizinische Maßnahmen zu ermöglichen und wann werden Sie die Erstellung dieser Statistiken veranlassen?

4) Beabsichtigen Sie, in Zukunft maligne Neubildungen auch im ambulanten Bereich zu erfassen? Wenn ja, wie und ab wann? Wenn nein, warum nicht?

5) Beabsichtigen Sie, in Zukunft Allergien, die laut Aussagen von Umweltschutzärzten als "Bio-Indikator des menschlichen Organismus" gelten können, auch im ambulanten Bereich zu erfassen? Wenn ja, wie und ab wann? Wenn nein, warum nicht?

6) Beabsichtigen Sie, in Zukunft Atemwegserkrankungen, die laut Angaben von niedergelassenen ÄrztInnen, die eigene Statistiken führen, auf besorgniserregende Weise zugenommen haben, auch im ambulanten Bereich zu erfassen? Wenn ja, wie und ab wann? Wenn nein, warum nicht?

7) Wie werden Sie das Kriterium der Zuordenbarkeit von Erkrankungen zu geographischen Kleinregionen in Zukunft in die vorhandenen und noch zu begründenden Gesundheitsstatistiken einführen?

8) Ein österreichweites Register angeborener Fehlbildungen ist verschiedenen Quellen zufolge bereits im Aufbau. Ist diese Information richtig? Wenn ja: wie wird dieses Register im Einzelnen geführt werden und ab wann wird es vorliegen? Wenn nein: Ab wann werden Sie die Erstellung eines solchen Registers veranlassen?

9) Ein Teilbereich der Präventivmedizin ist die laufende Überprüfung der Muttermilch auf ihren Schadstoffgehalt, um so rechtzeitig eingreifen zu können, wenn die Gesundheitsverträglichkeit dieses "Nahrungsmittels" nicht mehr gewährleistet scheint. Werden solche Untersuchungen derzeit regelmäßig und österreichweit durchgeführt? Wenn ja, in welchem Stichprobenumfang und mit welchen zeitlichen Abständen? Wenn nein, warum nicht?

10) Gerade Frauen in schadstoffmäßig besonders belasteten Gebieten (Nähe zu Müllverbrennungsanlagen, besonders ungünstige Immissionslage) machen sich oft große Sorgen um die Gesundheitsverträglichkeit ihrer Milch. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, Muttermilchuntersuchungen auf Schadstoffe zu Lasten der Krankenversicherungsträger durchführen zu lassen? Haben Sie diesbezügliche Initiativen unternommen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, mit welchem Erfolg?